

Migranten warteten stundenlang im Bus, dann Rückkehr ins Sammelzentrum

Migranten, die man für Libyen hielt, wurden nach stundenlangem Warten auf einen Militärflugzeug-Bus abrupt in eine Haftanstalt zurückgebracht. Die Kontroversen um die Deportationspläne nehmen zu.



In den frühen Morgenstunden am Mittwoch wurden eine Gruppe **von Migranten in Gewahrsam** mit einem Bus von einer Einrichtung in Texas zu einer Basis gebracht, wo ein Militärflugzeug auf sie wartete. Einer von ihnen hatte erfahren, dass er nach **Libyen** gebracht werden sollte, so das von seinem Anwalt geschilderte Erlebnis.

Überraschende Wendung für Migranten

Johnny Sinodis, ein Anwalt aus San Francisco, berichtete CNN, dass sein Philippino-Klient, dessen Name aus Datenschutzgründen nicht genannt werden kann, am Montagabend darüber informiert wurde, dass er nach Libyen abgeschoben werden sollte. Dies sorgte für Besorgnis und veranlasste ihn, zu verstehen, warum ein Migrant aus den Philippinen in ein nordafrikanisches Land abgeschoben werden sollte.

Geplante Abschiebungen und rechtliche Bedenken

Sinodis erklärte, sein Klient hatte einen Abschiebe-Bescheid für die Philippinen und erwartete, Ende April dorthin abgeschoben zu werden. Im selben Monat wurde er in zwei Haftstätten in Texas verlegt und schließlich im South Texas ICE Processing Center festgehalten, wobei er mit einer Rückführung in sein Heimatland rechnete. Doch am frühen Mittwoch nahm die Situation eine unerwartete Wendung.

Sein Klient und 12 weitere Inhaftierte wurden in einen großen weißen Bus geladen, wie Sinodis berichtete. Sie wurden zu einem, wie sein Klient es beschrieb, Militärflugzeug gebracht und mussten stundenlang im Bus warten.

Das Militärflugzeug und seine Stornierung

Schließlich rollte der Bus ohne Erklärung zurück zur Haftanstalt. Sinodis sagte CNN, dass er seitdem mit seinem Klienten in Kontakt steht und versucht, Aufklärung von der Einwanderungs- und Zollbehörde zu erhalten.

Das Militärflugzeug, das für die Beförderung von Migranten nach Libyen am Mittwoch geplant war, startete laut Flugverfolgern und einem Verteidigungsbeamten nie. Stattdessen flog das Flugzeug am Donnerstag nach Guantanamo Bay, und an Bord befanden sich nur Militärs, die nach der Stornierung des Libyen-

Fluges auf die Insel verlegt wurden.

Politische Spannungen und rechtliche Schritte

Die Trump-Administration schien am Mittwoch weiterhin Pläne voranzutreiben, Migranten nach Libyen zu senden, obwohl das Weiße Haus sich weigerte, zu den Flugplänen Stellung zu nehmen. CNN berichtete zuerst, dass die **Administration mit Libyen kommunizierte**, um das Land dazu zu bringen, Migranten aus den USA aufzunehmen.

Der Vorfall gibt neue Einblicke in die Vorbereitungen für die Migranten, die angeblich nach Libyen gebracht werden sollten, sowie in die Entwicklungen und die plötzlichen Folgen, die von einem Migranten seinem Anwalt kurz nach dem Vorfall erzählt wurden.

Die Entscheidung, Migranten nach Libyen zu senden, wo die Vereinten Nationen zuvor die harte Behandlung von Migranten kritisiert haben, ist eine weitere Eskalation der strikten Abschiebepolitik von Präsident Donald Trump, die auf breite politische und rechtliche Widerstände gestoßen ist.

Rechtliche Schritte gegen die Abschiebepolitik

Inmitten von Berichten über ein Flugzeug, das zum Abflug bereit war – was die libysche Regierung bestritten hat – warnte ein Bundesrichter die Administration, dass sie seine vorherige Anordnung verletzen könnte, wenn nicht die erforderlichen Protokolle eingehalten werden.

Das libysche Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit wies in einer Stellungnahme entschieden jegliche Vereinbarung oder Koordination mit den US-Behörden bezüglich der Abschiebung von Migranten nach Libyen

zurück.

CNN hat das Ministerium für innere Sicherheit und die Einwanderungs- und Zollbehörde um einen Kommentar gebeten.

Einwanderungsrechtsgruppen legten am Mittwoch einen Eilantrag ein, um die Abschiebung von Migranten nach Libyen zu blockieren, und beriefen sich auf Medienberichte und die Aussagen von Anwälten, deren Mandanten für den Abschiebeflug manifestiert wurden.

Letzten Monat hatte Richter Brian Murphy die Trump-Administration vorübergehend daran gehindert, Personen in andere Länder als ihre eigenen abzuschieben, ohne ihnen zuvor schriftlich eine Mitteilung und die Möglichkeit einer Anfechtung zu geben. Die Gruppen, die in Massachusetts in diesem Jahr die Klage eingereicht hatten, argumentierten am Mittwoch, die Regierung hätte diese Verfahren nicht eingehalten.

Klage und gerichtliche Maßnahmen

„In der späten Nacht und am frühen Morgen kamen besorgniserregende Berichte von den Anwälten der Klassenmitglieder und aus den Medien auf, die die bevorstehende Abschiebung von unter anderem laotischen, vietnamesischen und philippinischen Klassenmitgliedern ankündigten, die auf die Abschiebung nach Libyen vorbereitet wurden, einem Land, das für seine Menschenrechtsverletzungen bekannt ist, insbesondere im Hinblick auf Migranten. Klassenmitglieder wurden trotz fehlender erforderlicher Mitteilung und der Möglichkeit, Schutz gemäß dem (UN-Übereinkommen gegen Folter) zu beantragen, für die Abschiebung eingeplant“, heißt es in dem Antrag.

Die Gruppen forderten das Gericht auf, eine sofortige Anordnung zu erlassen, die Flüge mit Migranten nach Libyen oder in andere Drittstaaten untersagt und gegebenenfalls die Rückkehr derjenigen anordnet, die abgeschoben wurden, so der Antrag.

Sinodis' Klient wurde in diesem Antrag zitiert.

Murphy reagierte schnell und erließ am selben Tag eine Anordnung, die klarstellte, dass die Abschiebung von Migranten nach Libyen oder Saudi-Arabien, wie in den Medien berichtet, seine vorherige Anordnung verletzen würde, wenn diesen nicht im Voraus eine schriftliche Mitteilung und die Möglichkeit einer Anfechtung gegeben wird.

„Das Ministerium für innere Sicherheit darf diesen Beschluss nicht umgehen, indem es die Kontrolle über Nicht-Staatsbürger oder die Durchsetzung seiner Einwanderungsverantwortlichkeiten an eine andere Behörde überträgt, einschließlich, aber nicht beschränkt auf das Verteidigungsministerium“, schrieb Murphy.

„Sollte es irgendwelche Zweifel geben – das Gericht sieht keine – würden die angeblich bevorstehenden Abschiebungen, wie von Nachrichtenagenturen berichtet und wie die Kläger mit Aussagen von Klassenmitgliedern und öffentlichen Informationen zu untermauern versuchen, eindeutig gegen die Anordnung dieses Gerichts verstoßen“, schloss er.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at